

Ein Kompetenzzentrum für die Beobachtung des extremistischen und terroristischen Islamismus im Internet

Rede von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble bei der Vorstellung des Gemeinsamen Internetzentrums am 26. Oktober 2007 in Berlin

Nach einer Anlaufphase von einem dreiviertel Jahr können wir im Gemeinsamen Internetzentrum GIZ heute eine erste Zwischenbilanz ziehen. Und diese Zwischenbilanz ist vollauf positiv.

Seit Anfang Januar arbeiten Mitarbeiter von Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischem Abschirmdienst und Bundesanwaltschaft im GIZ zusammen. Inzwischen kam noch ein Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz hinzu. Zurzeit versehen hier etwa 30 Personen ihren Dienst, demnächst werden es rund 50 sein.

Das GIZ ist keine neue Behörde, sondern nur eine gemeinsame Einrichtung, die nach dem bewährten Muster des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums GTAZ errichtet worden ist. Das GTAZ arbeitet bereits seit Dezember 2004 äußerst erfolgreich im gleichen Gebäudekomplex.

Das GIZ ist die ebenso zwangsläufige wie zwingende Antwort auf den Umstand, dass auch Terroristen die technischen und kommunikativen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts in großem Maße nutzen. Das Internet ist für sie ein riesiges Forum – Informationsbörse, Kommunikationsplattform, Fernuniversität und Ausbildungslager in einem.

Angesichts der globalen Verfügbarkeit des Internets ist das ein besonderes Problem. So werden etwa bestimmte Videos auf Hunderten unterschiedlicher Speicherplätze abgelegt, um eine wirkungsvolle Löschung der Dateien zu verhindern.

Gerade in den vergangenen Monaten haben Islamisten weltweit verstärkt im world wide web für ihre verbrecherischen Ziele geworben. Bereits im März erschien das Drohvideo einer militant islamistischen Gruppe im Netz, in dem der Abzug deutscher und österreichischer Soldaten aus Afghanistan gefordert wurde. Diese Videobotschaft, die sich thematisch nahtlos an ähnliche Verlautbarungen islamistischer Führerfiguren anschloss, richtete sich explizit gegen unser Land.

Videos, vor allem aber auch konkrete terroristische Aktivitäten – wie die versuchten Kofferbombenanschläge vom letzten Jahr oder die Anschlagplanungen der Islamischen Jihad Union, die vor wenigen Wochen durch Festnahmen unterbunden werden konnten – belegen erschreckend und eindrucklich, dass auch Deutschland im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus steht.

Auf diese neue Herausforderung müssen wir alle, vor allem aber unsere Sicherheitsbehörden eingestellt und vorbereitet sein. Für das Geschehen im Internet bedeutet dies, dass wir relevante Entwicklungen so früh wie möglich erkennen und analysieren müssen. Nur so kann es uns gelingen, die im Netz abgebildeten Strukturen des islamistischen Extremismus und Terrorismus zu identifizieren und zu zerschlagen, *bevor* es zu einem Anschlag kommt.

Das GIZ beobachtet das *offene*, jedem zugängliche Internet. Es nimmt also nur Aufgaben wahr, für die keine besonderen Hoheitsrechte erforderlich sind. Die in diesen Tagen viel diskutierte Online-Durchsuchung gehört also nicht zu ihrem Aufgabenspektrum.

Denn die operative Beobachtung und Nutzung des Internets im konkreten Ermittlungsfall ist Aufgabe von Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz – das Mittel der Online-Durchsuchungen gibt es aber derzeit auch dort nicht, wie Sie wissen; aber wir arbeiten dran, und ich bleibe zuversichtlich.

Im GIZ wird das Internet losgelöst vom Einzelfall und damit wesentlich breiter beobachtet. Das Gemeinsame Internetzentrum ermöglicht den beteiligten Behörden, ihre Ressourcen zu bündeln und so die entsprechenden Aktivitäten islamistischer Extremisten und Terroristen effektiver zu erkennen und zu analysieren als zuvor. Schon heute hat sich das GIZ zu einem Kompetenzzentrum für die Beobachtung der terroristischen Internetnutzung entwickelt.

Das Zusammenwirken von Mitarbeitern aus Behörden mit unterschiedlichen Ansätzen, Sichtweisen und Aufgaben, die Kooperation von Sprachexperten und Islamwissenschaftlern mit Technikern, Polizisten, Verfassungsschützern und Juristen führt zu einem deutlichen Qualitätssprung – und auch schneller zu Ergebnissen, die dann an die zuständigen Sicherheitsbehörden weitergeleitet werden können.

Auch werden im GIZ vertiefende Informationen zu speziellen Themen erstellt, etwa zum Verstecken von Hinweisen in Bildern – der so genannten Steganographie –, oder auch zu „Hacking“-Aktivitäten der islamistischen Szene.

Von den Ergebnissen profitieren alle beteiligten Sicherheitsbehörden des Bundes und auch der Länder – die hiermit nochmals herzlich eingeladen sind, im GIZ mitzuarbeiten, wie es das Land Rheinland-Pfalz ja bereits tut.

Bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist die internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden naturgemäß von entscheidender Bedeutung. Das gilt auch und gerade für den Informations- und Erfahrungsaustausch über islamistische Internetveröffentlichungen – sei dieser Austausch nun technischer oder inhaltlicher Art.

Mit der Einrichtung des Gemeinsamen Internetzentrums haben wir uns auch international gut positioniert. Die bereits bestehenden Kontakte zu unseren ausländischen Partnern werden in Zukunft noch ausgebaut und intensiviert.

Während unserer Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2007 haben wir das Projekt *check the web* initiiert. Ziel von *check the web* ist eine intensivere Beobachtung und Auswertung des Internets durch ein arbeitsteiliges Vorgehen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Das erforderliche Informationsportal ist Anfang Mai dieses Jahres bei Europol freigeschaltet worden. Die Beiträge von deutscher Seite werden vom GIZ erarbeitet.

Wie Sie sehen, sind wir insgesamt auf einem guten Weg – was uns aber nicht zu Selbstzufriedenheit verleiten darf. Mit den laufenden Veränderungen und Neuerungen in den Informations- und Kommunikationsmedien erhalten immer auch die Terroristen neue Mittel und Möglichkeiten in die Hand.

Gerade weil die Entwicklungen zum Teil rasend schnell sind, müssen wir uns immer wieder offen und ehrlich der Frage stellen, welche rechtlichen Rahmenbedingungen und technischen Instrumente unsere Sicherheitsbehörden brauchen, um den internationalen Terrorismus wirksam, erfolgreich und nachhaltig bekämpfen zu können.